



Pressemitteilung

Ansbach, 26. Mai 2013

„Lärmschutzzonen“ falsches Instrument: Bauverbote wären die Folge
Bürgerinitiative besteht auf aktiven Lärmschutz – „Nachtflugverbot umsetzen!“

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ warnt vor der Ausweisung sogenannter „Lärmschutzzonen“ im Raum Ansbach und Bad Windsheim. Ministerialrat Marcus Mittmeyer erklärte am Freitag gegenüber den Medien, diese Zonen sollen als Mittel gegen den unerträglichen Fluglärm der 110 in der Region stationierten US-Kampfhubschrauber geprüft werden.

Folge der „Lärmschutzzonen“ wäre allerdings keineswegs weniger Fluglärm, sondern erhebliche Bebauungsbeschränkungen bis hin zu einem generellen Bauverbot von Wohnungen. Dies würde die zukünftige Entwicklung von Städten und Gemeinden im Umfeld der US-Militärbasen massiv behindern: „Diese Zonen schützen den Lärm, nicht die Bürger. Für Kommunen und Häuslebauer bedeuten sie vielmehr gravierende Nachteile“, so die BI.

Zudem werde das Verursacherprinzip bei der Bezuschussung von Lärmschutzfenstern dann außer Kraft gesetzt, denn nicht die US-Armee, sondern die deutschen Steuerzahler müssten in „Lärmschutzzonen“ für diese passiven Maßnahmen aufkommen. Ohnehin seien Lärmschutzfenster kein probates Mittel zur Erhaltung der Lebensqualität im Umfeld von Flugplätzen. Diese Erkenntnis führte etwa am Frankfurter Flughafen letztendlich zum Erlass eines Nachtflugverbots.

„Etz langt's!“ wertete die angekündigte Überprüfung einer Ausweisung von „Lärmschutzzonen“ als „Griff in die Trickkiste“. Auf diesem Weg versuche die Staatsregierung offenbar, einen Parlamentsbeschluss zu verhindern, der die Forderung der Stadt Ansbach nach einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und einem kategorischen Überflugverbot von Wohngebieten unterstützt. Bereits 2009 versprach Ministerpräsident Seehofer Schutzbereiche, die jedoch nie eingerichtet wurden. „Wir setzen uns für aktiven Lärmschutz ein. Form und Ausmaß der US-Stationierung in Katterbach und Illesheim sind mit der Siedlungsstruktur in Westmittelfranken unvereinbar. Unsere Region braucht Flugverbote für das US-Militär anstatt Bauverbote für Kommunen und Bürger“, betonte die BI.

Dass der Ansbacher Stadtratsbeschluss jetzt immerhin auf die Agenda des Landtags komme, sei begrüßenswert: „Die Abgeordneten haben so die Möglichkeit, mit ihrer Unterstützung eines Nacht- und Überflugverbots ein deutliches Signal nach Berlin zu senden. Dass die Staatsregierung nach den Worten Mittmeyers „stolz auf die US-Militärpräsenz in Bayern“ sei und offenbar bereit ist, immer weitere Millionen an Steuergeldern für die Armee zu verschwenden, zementiert und verschlimmert allerdings die untragbare Lärm- und Abgasbelastung in unserer Region. Das Parlament kann diesem bürgerfernen Gebaren nun einen Riegel vorschieben“, so der BI-Vorstand weiter. „Eine temporäre Verlagerung von Kriegsübungen der Kampfhubschrauber vor die Tore Münchens könnte dabei die Umsetzung von spürbaren Verbesserungen für die Menschen in Westmittelfranken beschleunigen.“

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher